

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vorliegende Resolution behandelt Vorkommnisse auf dem Alzeyer Winzerfest und bei anderen Veranstaltungen - auch bundesweit. Dort zeigten sich rechtsextreme Anhänger der sog. „Schutzzonen“ und warben für ihr Vorhaben. Sie trugen die für diese Bewegung typischen Warnwesten und fotografierten sich gut sichtbar auf dem Alzeyer Winzerfest. Das Foto zeigt zwei mit dem Rücken zur Kamera nebeneinander stehende Männer. In dieser Position zeigt sich auf den Warnwesten ein doppeltes runenähnliches "S". Wir halten es für nötig, dass sich Stadtrat und Verwaltung eindeutig gegen solche rechtsextremistischen Aktionen positionieren.

Am vergangenen Donnerstag, 31.10.2019, war dieses Thema auch ein Tagesordnungspunkt in der öffentlichen Sitzung des Innenausschusses Rheinland-Pfalz. Dort erklärte der Leiter des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes, Elmar May, dass die NPD als Partei vom Bundesverfassungsgericht zwar für zu marginal eingestuft wurde, die Akteure aber trotzdem weiterhin aktiv sind und ihre Aktionen auch in Zukunft daher genau beobachtet werden. Auf der Internetseite des Ministeriums des Innern RLP heißt es zudem:

„Rechtsextremisten verbindet eine Weltanschauung, in deren Mittelpunkt ein völkisch-rassistisches Denken steht. Die Verwirklichung einer ethnisch homogenen („reinen“) „Volksgemeinschaft“, ein zentrales Element auch des historischen Nationalsozialismus, bleibt ein vorrangiges Ziel nahezu aller Rechtsextremisten. Zudem streben Rechtsextremisten ein demokratiefeindliches, autoritäres Staatswesen nationalistischer Prägung an. Die Gedanken von Freiheit, Toleranz und Völkerverständigung werden von ihnen missachtet.“

Der Themenschwerpunkt ist zudem auf der Internetpräsenz an erster und zentraler Stelle des Landesverfassungsschutzes zu finden, was die Bedeutung des Widerstandes gegen dieses extremistische Gedankengut zusätzlich unterstreicht.

Wir sagen ganz klar: Rechtsextremismus hat in unserer Stadt Alzey keinen Platz! Mit der vorliegenden Resolution unterstreichen wir diese Aussage deutlich und rufen alle Parteien des Stadtrates auf, sich dieser anzuschließen. Wir stehen ein für die Werte des Grundgesetzes, für die Freiheit eines jeden Individuums und für menschlichen Umgang miteinander. Wir hoffen sehr, dass diese Resolution daher über die Parteigrenzen hinaus als deutliches, gemeinschaftliches Signal gesendet wird.

Herzlichen Dank